



Die Profile für den Neubau «Im Dorf Langwiesen» auf dem Areal der Waro-Hallen stehen bereits. Mit dem Bau soll auch ein Wärmeverbund entstehen. Hauptträger ist Grundwasser, welches sich unter dem gesamten Dorf erstreckt. Bild: jbe

Wasser als Energiequelle

LANGWIESEN Der geplante Neubau «Im Dorf Langwiesen» bietet nicht nur neue Wohnungen, sondern auch die Chance, einen Wärmeverbund zu gründen. Die Energie dafür soll aus dem Grundwasser gezogen werden.

JASMINE BEETSCHEN

Langwiesen hat eine besondere Lage. Einklemmt zwischen Cholfirstwald und Rhein zieht sich das Dorf entlang der Kantonsstrasse und der Zugstrecke, die vom Thurgau in den Kanton Schaffhausen führt. Die geologische Situation ist ebenso aussergewöhnlich, denn so gut wie alle Häuser stehen auf Grundwasser. «Auf die Möglichkeiten der Energiegewinnung hat dies einen grossen Einfluss», weiss Energieingenieur Samuel Gründler. Erdsondenheizungen fallen beispielsweise weg, dafür bietet sich das Heizen mit Grundwasser an. Dies ist aber nur möglich, wenn sich genügend Liegenschaften zu einem Verbund zusammenschliessen.

Ein solcher soll nun im Rahmen des geplanten Neubaus «Im Dorf Langwiesen» auf dem Areal der ehemaligen Waro-Hallen entstehen. Die Hallen, die 1980 von der Waro übernommen wurden und heute vor allem als Parkflä-

chen dienen, sollen abgerissen werden. An ihre Stelle kommt ein Gebäude mit 16 Mietwohnungen in den oberen drei Etagen. Im Erdgeschoss ist eine 1000 Quadratmeter grosse Detailhandelsfläche vorgesehen, voraussichtlich für einen Laden mit Waren für den täglichen Bedarf. Entlang der Hauptstrasse werden Parkplätze für die Kunden realisiert. Der Ottos im Nebengebäude bleibt bestehen.

Im Erdgeschoss des Neubaus soll zudem eine Wärmepumpe für Grundwasser installiert werden, welche auch Liegenschaften im Umkreis bedienen könnte.

Viel Zustimmung aus dem Dorf

Um Interessierte und potenzielle Kunden über die geplante zentrale Heizzentrale zu informieren, luden Samuel Gründler, der Feuerthaler Gemeindepräsident Jürg Grau sowie Roman Bolliger, Vertreter der Bauherrin Lawesa AG, am Mittwoch zum Informationsanlass ein. Rund 50 Personen folgten den Ausführungen der Referenten und zeigten viel Zustimmung für die Idee eines Wärmeverbunds.

Dass im Dorf Interesse besteht, zeigte sich schon im Vorfeld der Veranstaltung. Auf eine erste Umfrage des zuständigen Ingenieurbüros gingen bereits positive Rückmeldungen von rund 30 Parteien ein. «Das zeigt uns, dass

jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um einen Verbund umzusetzen», so Samuel Gründler.

Der Fokus liege vor allem auf dem Gebiet um das Waro-Areal herum und unterhalb der Kantonsstrasse Richtung Rhein. Während der Veranstaltung kamen jedoch mehrere Anfragen von «erweitert dem Bahndamm» dazu. Eine Erweiterung des Leitungsnetzes sei prinzipiell möglich, erklärte der Ingenieur. «Der geplante Speicher ist gross und liegt rund sechs Meter in der Tiefe. Reserven sind eingeplant, so können sich Nutzer auch später noch anschliessen.»

Ob das Netz entsprechend in diese Richtung ausgebaut werden müsse, hänge auch etwas von dem geplanten Verbund oben beim Stumpfenboden ab. Dort liess die Gemeinde erste Pumpversuche machen, die Ergebnisse werden bald bekannt gegeben (AZ vom 3.11.2023).

Für den Energieverbund «Im Dorf Langwiesen» werden im April Pumpversuche durchgeführt sowie konkrete Angebote versandt. Aufgrund der eingehenden Rückmeldungen soll im Sommer der finale Realisierungsentscheid gefällt werden. Wenn dieser positiv ausfällt, beginnen die Arbeiten ab Anfang 2025. «Je schneller wir loslegen, umso mehr Haushalte können wir abholen und für ein nachhaltiges Heizsystem begeistern», so Samuel Gründler.

Wärmeverbund Uhwiesen: Projekt gescheitert

UHWIESEN Trotz Bemühungen der Initianten gilt das Projekt «Heizzentrale mit Wärmeverbund» als gescheitert. Grund dafür sind die geringe Unterstützung, eine zurückgezogene Trägerschaft und der fehlende Standort.

JASMINE BEETSCHEN

Was in Langwiesen greifbare Realität scheint (siehe Artikel links), wird in Uhwiesen zum geplatzen Traum. Seit rund 25 Jahren arbeitet das Dorf an Plänen für einen Wärmeverbund. Die Nachfrage ist gross, doch bezüglich Standort für die Heizzentrale herrschte grosse Unstimmigkeit, die in einer hitzigen Informationsveranstaltung gipfelte (AZ vom 16.5.2023).

Im Anschluss an diese hätten sich der Mitinitiant Ruedi Karrer, der Ingenieur und der Unternehmer zurückgezogen, weil sie als Bedingung für ein erfolgreiches Projekt eine aktive Unterstützung aus der Gemeinde für nötig erachtet hätten und diese leider in Uhwiesen nicht genügend gross gewesen sei. Dies teilte Alfred Weidmann in einem Schreiben Ende Januar mit.

Mit diesem erklärte er das Projekt für gescheitert. «Ich bedaure das sehr, doch so, wie es geplant war, kann das Projekt nicht realisiert werden.» Es habe viel Widerstand und wenig Unterstützung – weder aus der Bevölkerung noch vonseiten der Behörden – gegeben. Der umstrittene Standort beim Sekschulhaus und das fehlende Einverständnis der Eigentümerin für den Bau einer Heizzentrale auf dem schuleigenen Bauland sei dann der ausschlaggebende Punkt für das Scheitern gewesen.

Die Schulpflege habe sich klar gegen den Standort ausgesprochen, die Idee eines Wärmeverbunds aber stets be-

grüsst, erklärt Vizepräsidentin Andrea Fischer Lötscher. Den Entscheid, ob schuleigenes Bauland für die Zentrale genutzt werden solle, wollte die Schulpflege nach einiger Beratung jedoch dem Stimmvolk überlassen. Dafür verlangte sie eine Initiative, welche jedoch nie offiziell eingereicht worden sei.

Thema für Initianten abgeschlossen

Noch vor zwei Jahren stand das Projekt «Holzenergie-Heizzentrale mit Wärmeverbund» von Alfred Weidmann, Ruedi Karrer und Thomas Erb unter einem guten Stern: Im März 2022 wurde ihre Initiative mit Applaus angenommen (AZ vom 18.3.2022). Das Stimmvolk bewilligte eine Anschubfinanzierung von 30 000 Franken, die restliche Finanzierung in der Höhe von 270 000 Franken sollte ausgezahlt werden, sobald ein bewilligungsfähiges Projekt vorliegen würde (AZ vom 11.3.2022). Aufgrund des Scheiterns des Projekts kommt es nun zu keiner Auszahlung, wie die Gemeinde im Mitteilungsblatt schreibt.

Auch sie als «Interessentin» am Wärmeverbund mit ihren eigenen Liegenschaften bedauert, dass das Projekt nicht zustande gekommen ist. «Wir können aber die Gründe nachvollziehen», sagt Gemeindepräsident Serge Rohrbach auf Anfrage. Für sie gelte es nun, für das Gemeindehaus und das benachbarte Haus zum Chloster eine Alternative zu suchen. Ob ein Wärmeverbund je wieder Thema im Dorf wird oder diese Pläne nach bald 30 Jahren endgültig begraben sind, wird sich zeigen. Für Alfred Weidmann ist das Thema abgeschlossen: «Unter das Kapitel Holzschnitzel-Heizanlage und Wärmeverbund für unsere Gemeinde kann ein dicker Strich gezogen werden. Es bleibt mir nur, allen zu danken, die sich über die Jahre dafür eingesetzt haben», meint er zum Schluss.



So hätte eine Heizzentrale beim Sekschulhaus aussehen können. Grafik: Archiv

ABSTIMMUNG VOM 3. MÄRZ

Nationale Vorlage: Initiative für eine 13. AHV-Rente

Pro: Wer lange gearbeitet hat, soll im Alter eine gesicherte Existenz haben



Die Initiative «Für ein besseres Leben im Alter» möchte mit der Auszahlung einer 13. AHV-Rente den wenig begüterten Rentnerinnen und Rentnern ein besseres Leben im Alter ermöglichen. Die 13. Rente soll vor allem die stark gestiegenen Alltagskosten besser abdecken.

Wenn wir die zusätzlichen Kosten über 0,4 Lohnprozent finanzieren, ist das für alle eine tragbare Lösung. Zugleich entkräftet es auch das Argument der Gegenseite, dass hier ein Giesskannenprinzip angewendet würde. Ja, alle sollen in den Genuss einer 13. AHV-Rente kommen, schliesslich zahlen alle ein. Und wer viel verdient, zahlt auch viel mehr in die AHV ein, wird dann aber selbst nicht mehr als andere ausbezahlt bekommen. Dies ist eine soziale Umlagerung von Gutverdienenden zu denjenigen, welche Unterstützung brauchen.

Wer nun sagt, dass die Vorlage viele AHV-Bezügerinnen und -bezüger begünstige, die die Un-

terstützung gar nicht bräuchten und es für die anderen ja die Ergänzungsleistungen (EL) gebe, verkennt zum einen, dass die Reform der EL 2021 zu deutlichen Kürzungen geführt hat. Zum anderen sind die bürokratischen Hürden beim Beantragen von EL recht gross und verursachen einen hohen administrativen Aufwand.

Die 13. AHV ist eine Lösung für viele Probleme und nützt einer breiten Bevölkerungsschicht. Wer mehr Geld zur Verfügung hat, kann auch mehr konsumieren, sprich die Kaufkraft wird gestärkt, was wiederum unserer Wirtschaft zugutekommt.

Wer lange gearbeitet hat, soll auch im Alter eine gesicherte Existenz haben. Zu dieser Existenzsicherung trägt die 13. AHV-Rente bei und sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit. Ich lege aus Überzeugung ein Ja ein.

Sibylle Jüttner, Kantonsrätin SP, Andelfingen

Ja empfehlen: SP, Grüne, AL

Kontra: Nein zur verlockenden 13. AHV-Rente



Oft geht es in der ganzen Abstimmungsdiskussion über die 13. AHV-Rente um die absurde Frage, ob den Rentnerinnen und Rentnern eine 13. Rente gegönnt wird oder nicht. Die richtige Frage ist aber, wer würde eine solche finanzieren, und ist per se allen die AHV-Rente zu erhöhen, das richtige Instrument?

Die AHV steuert bereits heute auf ein Finanzloch in Milliardenhöhe zu. Wir werden immer älter, und die AHV braucht dringend Reformen, um die kommenden Finanzierungslücken zu bewältigen. Jetzt soll die AHV-Rente aber pauschal für alle um 8,3 Prozent erhöht und das Finanzierungsloch zusätzlich vergrössert werden. Bereits 2026 würden 4,3 Milliarden Franken Mehrkosten anfallen. Diese Mehrkosten müssten entweder über die Mehrwertsteuer oder über die Lohnabgaben finanziert werden. Beides würden direkt

die Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Den jüngeren Generationen würde eine riesige zusätzliche Last auferlegt. Die Preise würden durch Mehrwertsteuererhöhungen steigen und die Löhne durch die Lohnabgaben sinken, was unweigerlich zu einem Kaufkraftverlust führen würde. Am Ende des Monats hätten somit alle weniger Geld im Portemonnaie.

Mit den Ergänzungsleistungen haben wir ein gut funktionierendes System, um Rentnerinnen und Rentner finanziell zusätzlich zu unterstützen, welche es auch nötig haben. Pauschal allen eine zusätzliche Rente auszuzahlen, ist komplett das falsche Instrument. Wir sollten individuell da unterstützen, wo es auch wirklich nötig ist, und nicht mit der Giesskanne zusätzliche Milliarden umverteilen. Darum sagen Sie Nein zur 13. AHV-Rente.

Sven Kollbrunner, SVP Trüllikon

Nein empfehlen: EVP, FDP, SVP, EDU, GLP, Die Mitte